

PM, 14.03.2008

Senat muss auch autistischen Kindern ihr Recht auf Bildung gewähren

Skandal um Abzug von Schulhelfern an sonderpädagogischen Förderzentren

Seit Beginn des Schulhalbjahres konfrontiert der Senat autistische Kinder an sonderpädagogischen Förderzentren und deren Eltern zunehmend mit dem Abzug der für die Beschulung von autistischen Kindern zwingend notwendigen Schulhelfer. Erst vor wenigen Monaten hat der Senat auf eine Kleine Anfrage erklärt, dass die Haushaltsmittel für Schulhelfer aufgestockt werden und keine Kürzungen in diesem Bereich vorgesehen sind. Die Realität vor Ort ist aber eine andere.

Um den Vorrang der Integration an Regelschulen abdecken zu können, zieht der Senat die speziell in der Begleitung autistischer Kinder erfahrenen Schulhelfer von den Sonderschulen ab. In der Folge können die betroffenen Kinder nur noch stundenweise und in einzelnen Fällen überhaupt nicht mehr am Unterricht teilnehmen. Gleichzeitig werden die abgezogenen Schulhelfer durch fachfremde und in dieser hochspeziellen Tätigkeit weder erfahrene noch dafür geeignete Personen aus dem Überhang ersetzt. Berlin verfügt über ein qualitativ gut entwickeltes und für Kinder mit den verschiedensten Formen sonderpädagogischen Förderbedarfs unentbehrliches System von Schulhelfern, das jetzt ohne Not zerschlagen wird.

„Der Ausschluss der autistischen Kinder von ihrem Rechtsanspruch auf Bildung und deren Schlechterstellung gegenüber Kindern im integrativen Unterricht sind ein Skandal!“ darüber sind sich die bildungspolitischen Sprecher der Fraktionen von CDU und FDP im Abgeordnetenhaus einig.

Wir fordern den Senat deshalb auf,

1. den tatsächlich bestehenden Bedarf an Schulhelferstunden schnellstmöglich zu klären,
2. umgehend die erforderlichen Mittel bereit zu stellen und
3. die Schulhelferstunden dort einzusetzen, wo sie den betroffenen Kindern an den sonderpädagogischen Förderzentren gemäß Gutachten und Rechtsanspruch auch zustehen - die autistischen Kinder sind hier nur die Spitze des Eisbergs.

Herr Senator Zöllner, nutzen Sie die Osterferien, um den Missstand abzustellen und den Kindern ihr Recht auf Bildung und Beschulung zurückzugeben! Wir erwarten eine abschließende Klärung bis zum 31.März!

Ansprechpartner:

Michael Thiedemann CDU-Fraktion
Joe Dreixler FDP-Fraktion

Tel.: 2325 - 2124
Tel.: 2325 - 2344